

POL-KI: 050125.1 - Kiel - Rechtsextreme demonstrieren am 29. Januar in Kiel

25.01.2005 - 11:31 Uhr, Polizei Kiel

Kiel (ots) - Unter dem Motto "Gegen Multikulti und Hartz IV!" hat der Nationale Widerstand, der dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden muss, für den kommenden Sonnabend einen Demonstrationzug in der Landeshauptstadt angemeldet. Nahezu zeitgleich wird eine Gegendemonstration des Kieler Bündnisses "Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus" stattfinden. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist mit Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten Demonstranten beider Lager zu rechnen.

Der Demonstrationzug des Runden Tisches wird sich um 11.30 Uhr vom Wilhelmsplatz in Bewegung setzen. Die geplante Strecke verläuft über den Knoop Weg, Dreiecksplatz, Bergstraße bis zum Alten Markt. Dort soll der Marsch mit einer Abschlusskundgebung enden.

Der durch die Rechtsextremen angemeldete Aufzug hat seinen Ausgangspunkt am Hauptbahnhof, ab 12 Uhr soll es von dort über Sophienblatt, Sachaustraße, Hopfenstraße, Ringstraße, Königsweg, Schülperbaum, Exerzierplatz, Rathausstraße zum Rathausvorplatz gehen. Nach einer Zwischenkundgebung verläuft der Marschweg über Holstenbrücke, Berliner Platz und Andreas-Gayk-Straße zurück zum Hauptbahnhof.

Die Polizei setzt mehr als 2000 Einsatzkräfte aus Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet ein, um mit aller Konsequenz ein Aufeinandertreffen gewaltbereiter Gruppen zu verhindern und Beeinträchtigungen der Kieler Bevölkerung sowie der Besucher der Stadt so gering wie möglich zu halten.

Der Leiter der Polizeiinspektion Kiel, Polizeidirektor Werner Tanck, betonte in der heutigen Pressekonferenz: "Aufgabe der Polizei ist es, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten. Gegenüber Demonstranten und Gegendemonstranten werden wir eine neutrale Rolle einnehmen, gleichzeitig aber sehr genau darauf achten, dass die von der Versammlungsbehörde angeordneten Auflagen eingehalten werden.

Ganz deutlich warne ich diejenigen, die meinen, aus der Anonymität der Masse heraus Gewalt anwenden zu können. Die Einsatzkräfte sind angewiesen, sofort und konsequent einzuschreiten!"

Auch Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz appellierte an alle Demonstranten, friedlich von ihren Grundrechten Gebrauch zu machen. Die Verwaltungschefin verwies auf die Resolution der Ratsversammlung, in der sich alle Parteien einstimmig "gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Stadt" aussprechen. Ebenso werden jede Form des politischen Extremismus sowie Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abgelehnt.

Die Polizei bittet Anwohner und Besucher der Kieler Innenstadt um Verständnis, dass es im Zuge der notwendigen umfangreichen Sperrmaßnahmen zu starken Beeinträchtigungen kommen wird. Autofahrer sollten in diesem Zusammenhang auf Verkehrsdurchsagen achten und den Bereich der Kieler Innenstadt möglichst meiden. Im Fall gewalttätiger Auseinandersetzungen sollten sich Unbeteiligte von den Demonstrationen fern halten.

Für alle Fragen rund um das Demonstrationsgeschehen hat die Polizei ab Mittwoch, 26. Januar von 9 bis 18 Uhr, ein Bürgertelefon unter der Rufnummer 160 1032 geschaltet. Außerdem werden Polizeibeamte ab Mittwoch in den von den Demonstrationen betroffenen Bereichen Flugblätter verteilen und die Bevölkerung in Gesprächen über den bevorstehenden Einsatz informieren.

Wolf Schmidt

ots Originaltext: Polizei Kiel
Digitale Pressemappe:
http://www.polizeipresse.de/p_story.htx?firmid=14626

Rückfragen bitte an:
Polizei Kiel
Polizeiinspektion Kiel

Telefon: 0431/ 160-1030

Digitale Pressemappe: http://polizeipresse.de/p_story.htx?firmid=14626